Auslandswochenschau

Poincaré hielt am vergangenen Sonntag in Barleduc die verheißene große Programmrede. Neben der sehr scharfen Hetze gegen die Kommunisten forderte er die Durchführung des Dawesplanes und zur Garantie der Sicherheit die unbedingte Aufrechterhaltung der Verteidigungsmittel Frankreichs zu Lande und zu Wasser. Im Zusammenhang mit der ergebnislosen Beendigung der Konferenz der Delegierten und militärischen Sachverständigen von 20 Staaten in Genf über die Abrüstungsfrage am Vorabend der Weltwirtschaftskonferenz erscheint der Bankrott des Abrüstungsschwindels vollkommen. Nunmehr haben sich die Vertreter von 47 Staaten zu Beginn der Woche in Genf zusammengefunden zu der seit langem vorbereiteten Weltwirtschaftskonferenz. Die großangelegte, am Mittwoch, dem 4. Mai, vom Präsidenten Theunis eröffnete Konferenz der Vertreter des Bank-, Industrie- und Handelskapitals der Welt wird von der bürgerlichen Presse mit allgemeiner Skepsis betrachtet. Weltwirtschaftliche Vereinbarungen, wirtschaftlicher Verständigungswille erfordern Konzessionsbereitschaft. Aber selbst der Berichterstatter des Berliner Tageblattes schreibt: „Und wenn man sich in einer Beziehung über alle Schranken hinaus einig ist, so in der äußerst skeptischen Beurteilung der gegenseitigen Konzessionsbereitschaft und in den gemäßigten Erwartungen, die man den Ergebnissen der Weltwirtschaftskonferenz entgegenbringt."

Nach den allgemeinen Konferenzen der ersten Tage werden in der nächsten Woche die Kommissionsberatungen für die Einzelgebiete des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft beginnen. Umfangreiche Sachverständigenberichte liegen den Verhandlungen, die Ende Mai abgeschlossen werden sollen, zugrunde. Das internationale Kapital versucht auf dieser Konferenz, Interessengegensätze zurückzustellen, um im internationalen Maßstabe die planmäßige Ausbeutung der Arbeiterklasse und die Profitsteigerung zu fördern, sowie eine gemeinsame Plattform zur Unterdrückung der Völker zu schaffen. Internationale Abmachungen der Kapitalsmächte sollen die Ablatzkrise — vor allem der europäischen Wirtschaft — bilden. Das Ziel der Veranstalter ist in der Hauptsache die Entwicklung und zwangsmäßige Organisation von internationalen Kartellen. Die Bedeutung dieser Vorgänge für das Proletariat im allgemeinen, insbesondere aber für die Sowjetunion, ist offensichtlich. Einerseits Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter und stärkere Unterdrückung, anderseits der Versuch zur Vernichtung des beschlossenen Wirtschaftssystems der Sowjetunion. Die Tatsache der Teilnahme Rußlands an den Konferenz, die erst in letzter Stunde durch die Beilegung des Worowski-Konfliktes ermöglicht wurde, ändert nach der Erklärung Ossinskis, des Führers der Delegation, nichts an der Haltung Rußlands dem Völkerbund gegenüber. Die Vertreter Rußlands werden vielmehr einen eingehenden Bericht über den Wiederaufbau der russischen Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage geben, und werden die Auseinandersetzungen in erster Linie führen über die inneren Grundsätze und das Bestehen zweier wirtschaftlicher und sozialer Systeme — des sozialistischen in der Sowjetunion und des kapitalistischen in Amerika und Westeuropa — innerhalb der Weltwirtschaft. Der IGB (Amsterdam) und die Zweite Internationale haben der Konferenz eine Anzahl Forderungen vorgelegt, deren wichtigste folgendermaßen lauten:

„Verbesserung der Arbeitszeitverhältnisse, Kontrolle der monopolistischen Industrien, Anerkennung des Achtstundentages durch Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, Schaffung eines Internationalen Kartellkontrollamtes und eines Internationalen Wirtschaftsamtes."

Die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens hat in den letzten Jahren keine Fortschritte gemacht. Einzelne Staaten haben ihre Abmachungen aus diesem Abkommen nicht einmal eingehalten. An dieser Tatsache läßt sich erkennen, inwieweit die Vertreter des internationalen Kapitals den Wünschen der 2. Internationale entgegenkommen werden.

Die Abwehrmaßnahmen gegen diese internationale Offensive, deren Beginn die Weltwirtschaftskonferenz bedeutet, liegen auf der Hand. Eine einige internationale Kampffront der Arbeiter nach den Losungen der Komintern. Ausbau und Umbau der Gewerkschaften und Genossenschaften für diesen Kampf. Gegen die internationale Einheitsfront des Kapitals die geschlossene Front des Proletariats.

•

Im Zusammenhang mit den Fragen der Weltwirtschaftskonferenz macht sich in den letzten Wochen eine stärkere Beschäftigung des Auslandes mit den Problemen des Dawesplanes bemerkbar. Vor allen Dingen ist Amerika als der Hauptgläubiger an dieser Frage interessiert. Die deutsche Bourgeoisie nimmt seit einiger Zeit eine beobachtende Stellung ein. Da für das Jahr 1928 die Jahresrate auf 2½ Milliarden Mark steigt, die Transferschwierigkeiten dieser gewaltigen Summe aber noch immer ungelöst sind, erhebt sich aufs neue die Frage der Revision des Dawesplanes. Auf einer Tagung der Neuyorker Handelskammer antwortete Thomas W. Lamont, ein Direktor der Morgan-Bank, auf diese Frage, daß eine Revision des Dawesplanes für die nächste Zeit nicht zu erwägen wäre. Lediglich eine Festsetzung der Gesamtschuldenlast Deutschlands könne erörtert werden.

•

Während der IGB und die 2. Internationale ihre Anträge an die Weltwirtschaftskonferenz stellten, erledigte die englische Bourgeoisie die Regelung der Arbeitsverhältnisse auf ihre eigene Art. Das Antigewerkschaftsgesetz liegt nunmehr vor. Mit dem Gesetz wird das Recht auf Streik fast vollkommen beseitigt. Für die öffentlichen Angestellten in Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken, ebenso für Staatsbeamte, besteht keinerlei Streikrecht mehr. Jeglicher Streik des nicht unmittelbar Beteiligten (Gewerkschaften usw.) unterliegt den gesetzlichen und zivilrechtlichen Strafbestimmungen. Darüber hinaus soll die Beitragsleistung zu politischen Zwecken, der Zwangsbeitrag der Gewerkschaften für die Labour-Partei, zurückgeführt werden auf einen freiwilligen Beitrag. Nachdem schon vor Jahren die englische Regierung versucht hatte, den Beitrag vollkommen abzuschaffen. Man kann, nach der Ankündigung der englischen Arbeiterschaft, mit einer umfangreichen Protestbewegung gegen das Antistreikgesetz rechnen.

•

Der Albanienkonflikt, der die Auslandspolitik der letzten Wochen beherrschte, kann als Einlettung zu einer Umgruppierung in dem Verhältnis der europäischen Mächte angesehen werden. Der Konflikt ist in der vergangenen Woche in das Stadium der Passivität eingetreten. Die zu erwartende Besprechung zwischen den italienischen und jugoslawischen Ministern wird aller Wahrscheinlichkeit nach negativ verlaufen, so daß nur noch die Möglichkeit einer Appellation an den Völkerbund besteht. Solange der Vertrag von Tirana, aus dem der gegenwärtige Konfliktstoff herrührt, nicht in den Verhandlungen berührt wird, ist mit einer Beilegung nicht zu rechnen. Italien denkt nicht an eine Revision des Vertrages.

Die alte Leier

Es gab einmal eine Zeit, wo die Dresdner Volkszeitung noch ein „Organ der werktätigen Bevölkerung" war — damals, als sie noch unter dem Titel Sächsische Arbeiterzeitung den Geist Rosa Luxemburgs atmete. Doch das ist längst vorbei! Es war einmal — und nimmer kehrt jene Zeit zurück. Das, was die Dresdner Volkszeitung heute ist, wurde dem Blatte nicht nur einmal gesagt. Und nicht nur von Kommunisten. Auch von anderen, politisch ernst zu nehmenden Gegnern, und wir rechnen dazu nicht die sächsische Heldtregierung, die vor kurzem behauptete, es herrsche in der Volkszeitungs-Redaktion ein chronischer Mangel an politischem Stoff. Aber es fällt tatsächlich schwer, diese Feststellung zu widerlegen. Das einzige, was für das Organ linkssozialdemokratischer Weichensteller noch wichtig erscheint, ist eine abgeschmackte, in allen Tönen abgeleierte Kommunistenhetze. Und wenn dazu der eigene Geist nicht mehr langt, greift man auf dem Wettinerplatz zum Vorwärts, dessen Inhalt dann im Dresdner Ableger seinen Niederschlag findet. So auch in der Donnerstagnummer, die die Vorwärtsmelodie von „Einheitsfront und Spitzelei" in derselben Platte auflegt. Was soll die alte Leier? Die Arbeiter kennen den Text, und sie kennen auch die Verfasser. Nicht einen Hund wird man damit hinter dem Ofen hervorlocken. Der Schlag der Volkszeitung mit den Hetznachrichten des Vorwärts gegen den Roten Frontkämpferbund und die KPD geht daneben.

Harmloser Besuch in Berlin am 7./8. Mai (Röntgenaufnahme).

Zur gleichen Zeit, wo das Reichsbanner Pleite macht und immer mehr zusammenschmilzt (in Ostsachsen kann es nicht leben und nicht sterben), brachte der Vorwärts die schreckliche Nachricht, daß Rote Frontkämpfer zu Spitzeln erzogen werden! Was hat der Vorwärts entdeckt? Er hat durch einen Spitzel eine Anweisung gefunden, die sich mit der Gegenarbeit des Roten Frontkämpferbundes befaßt und in der gesagt wird — der Vorwärts druckt das selbst ab — „Die Gegenarbeit des RFB ist in erster Linie und in der Hauptsache eine legale politische Massenarbeit." Und diese legale politische Massenarbeit, das heißt die Sammlung von Tatsachenmeldungen über schwarz-weiß-rote und schwarz-rot-goldene Verbände und ihre Ausnutzung in der Agitation, die wird vom Vorwärts eine Spitzelarbeit genannt! Der Zweck ist durchsichtig: die Reichsbannerarbeiter, die Verbindung mit Roten Frontkämpfern suchen und finden, sollen durch das Schreckgespenst einer „Spitzelei" davon abgehalten werden. Der Vorwärts weiß noch aus den Organisationsrichtlinien über den Aufbau des Ressortgegners mitzuteilen, daß das Gegnerressort sich auch mit der Abwehr von konterrevolutionären Elementen, von Spitzeln und dergleichen unsauberen Subjekten befaßt.

Will der Vorwärts dem RFB etwa übelnehmen, daß er Spitzel hinausschmeißt, sie aufstöbert und vor allen Dingen solche Burschen gar nicht erst hineinläßt? Wenn der RFB diese Arbeit nicht leisten würde, würde das sozialdemokratische Zeitungspapier dann nicht gerade hysterisch schreien, daß der RFB von Spitzeln durchsetzt sei.

Der Vorwärts will behaupten, daß die Richtlinien über den Ausbau des Ressortgegners nicht einmal den Funktionären der Organisation bekannt sind. Ueber diesen hahnebüchenen Unsinn des Vorwärts könnte man lachen, wenn nicht dahinter die Absicht stände, die Reichsbannerkameraden und sozialdemokratischen Arbeiter uns zu entfremden. Der Zweck des Manövers ist allzu durchsichtig. Der Vorwärts will Hörsing unterstützen und hilft dem Stahlhelm. Der Vorwärts will die Reichsbannerkameraden in Frontkämpferstellung gegen uns bringen und wird dabei doch Pleite machen.

Soll sich der Rote Frontkämpferbund etwa nicht gegen die Spitzel und Provokateure, die ausgerechnet durch sozialdemokratische Polizeimanöver in die Organisation hineingeschickt werden, wehren, und entspringt der Aufsatz der Wut dieser sozialdemokratischen Skribifaxe nicht etwa dem Umstande, daß solchen Burschen das Handwerk gelegt wird?

Sollen wir zu allem Ueberfluß noch an den Fall Albert Wittowski vorigen Jahres erinnern, als der obenbenannte sozialdemokratische Kriminalbeamte aus Gelsenkirchen unseren Genossen Pütz in den Essener Stadtgarten lockte, um dort gegen Zahlung von 200 Mark Material über KPD und RFB für die Polizei zu erhalten?

Will die SPD-Presse und mit ihr die Dresdner Volkszeitung behaupten wollen, daß die RFB-Kameraden Spitzeldienste für die Polizei leisten, wie das nachweislich Sozialdemokraten getan haben?

Damit genug mit dem kläglichen Spitzelmärchen. Auf der gleichen Höhe steht die dumme Behauptung, Genosse Thälmann sei beinahe von seinen eigenen Rotfrontgenossen geprügelt worden. Alle Schreibereien der Dresdner Volkszeitung, mag sie sich auch noch so sehr bemühen, es dem Vorwärts ähnlich zu tun, werden nicht verhindern können, daß die Arbeitermitglieder des Reichsbanners sich in die proletarische Kampffront einreihen und gemeinsam zusammenstehen und kämpfen mit ihren Klassenbrüdern im Roten Frontkämpferbund.

Um die Arbeitslosenversicherung

Die Beratungen des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages über den, die §§ 49 bis 77 (Versicherungsleistungen) umfassenden dritten Abschnitt des Arbeitslosenversicherungsgesetzes wurden in den Sitzungen am 4. und 5. Mai zu Ende geführt. Nachdem schon in den vorhergehenden Sitzungen die Anträge der Kommunisten zum Teil mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt wurden, u. a. auch der gegen die Festlegung der Unterstützungslöhne gerichtete Antrag, verkielen auch in den Sitzungen am 4. und 5. Mai die kommunistischen Verbesserungsanträge fast vollständig der Ablehnung.

Zum § 71, der für den Bezug der Unterstützung eine Karenzzeit von 7 Tagen vorsieht, verlangten die Kommunisten Zahlung der Unterstützung vom Tage des Beginns der Arbeitslosigkeit an. Diesen selbstverständlichen Antrag lehnte die Sozialdemokratie gemeinsam mit den Bürgerlichen ab.

Nach § 73 ist die Anrechnung der durch Gelegenheitsarbeit erworbenen Nebenverdienste geregelt. Der Verdienst wird zu 50 vom Hundert angerechnet, und zwar, wenn er 20 Prozent der Unterstützungslöhne übersteigt. Ein Antrag der Kommunisten, die Grenze von 20 auf 50 Prozent heraufzusetzen, wurde abgelehnt.

Dem § 75, nach dem die Unterstützung für die Tage nicht gewährt wird, an denen der Arbeitslose das Stempeln ohne genügende Entschuldigung unterläßt, wird auf Antrag der Kommunisten die Bestimmung hinzugefügt, daß eine nachträgliche Entschuldigung zulässig ist.

Zu den §§ 78 und 79, die die Krankenversicherung Erwerbsloser während des Unterstützungsbezuges regeln, beantragten die Kommunisten die Weiterversicherung der Erwerbslosen für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit, um allen auch den nichtunterstützten Erwerbslosen im Falle der Krankheit die Leistungen der Krankenkassen zu sichern. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte gegen die kommunistischen Anträge und für die Forderung des Regierungsentwurfes, nach dem die Erwerbslosen drei Wochen nach erfolgtem Entzug der Erwerbslosen- bzw. Krisenunterstützung auch noch aus der Krankenversicherung hinausfliegen.

Die Kommunisten beantragten des weiteren zu § 89 die vollständige Weiterversicherung in der Erwerbslosen-, Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung. Der Antrag kam infolge Zurückstellung des § 89 nicht mehr zur Abstimmung.

Zörgiebels billiger Wein

Unserem Zentralorgan, Die Rote Fahne, entnehmen wir folgendes:

Auf der letzten Generalversammlung des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten wurde von einem Delegierten folgender unglaubliche Fall vorgetragen: Eines Abends kam der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel in den Berliner Ratskeller. Er bestellte sich eine Flasche besten Weins zum Preise von 20 Mk. Der Oekonom Faltenberg bestimmte dabei jedoch den servierenden Kellner für diese Flasche keinen „Bon" auszustellen, vielmehr brachte der Kellerkellner diese Flasche Wein als Spende für Zörgiebel. Auf diese Weise wurde der Kellner um seinen zehnprozentigen Verdienst, der 2 Mk. machte, gebracht. Zörgiebel tat sich an der Flasche Wein gütlich, und als er aufstand, legte er dem Kellner einen Groschen (zehn Pfennige) als „Trinkgeld" hin.

Zörgiebel ist bis heute noch Mitglied des freigewerkschaftlichen Vorwärtsverbandes. Für diese Tatsache erübrigt sich jeder Kommentar.

Gegen den Raub des Streikrechts

Antrag.

Die 4. Zivilkammer des Landgerichts Leipzig hat am 2. Mai 1927 auf Antrag der Firma Sächsische Wollgarnfabrik, GmbH, vormals Tittel u. Krüger in Leipzig-West 31, einen Beschluß gefaßt, der dem deutschen Textilarbeiterverband — Filiale Leipzig —, und dem Gewerkschaftssekretär Panzer unter Androhung einer Geldstrafe oder Haftstrafe bis zu 6 Monaten verbietet: den bei der Antragstellerin am 25. April 1927 eingeleiteten Streik in irgendeiner Weise zu unterstützen, ist es durch Anweisung an die Streikleitung oder die Aufforderung zum Streikpostenstehen oder Gewährung von Streikunterstützung oder irgendwelche andere Mittel, fernerhin noch weitere als die jetzt streikenden Arbeitnehmer der Antragstellerin zur Arbeitsniederlegung aufzufordern oder zu ermuntern.

Dieser Beschluß hebt das Koalitions- und Streikrecht der Angestellten und Arbeiter vollkommen auf und muß den schärfsten Protest der gesamten werktätigen Bevölkerung hervorrufen.

Der Landtag wolle deshalb beschließen, die Regierung zu beauftragen,

1. das Justizministerium zu ersuchen, diesen Beschluß sofort aufzuheben;
2. alles zu unterlassen, was die Arbeiter und Angestellten in der Ausübung der Koalitionsfreiheit behindert;
3. die Richter, die den Beschluß vom 2. Mai herbeigeführt haben, wegen gröblicher Rechtsbeugung zur Verantwortung zu ziehen.

Dresden, am 5. Mai 1927.

Böttcher

und die übrigen Mitglieder der kommunistischen Landtagsfraktion.

Beamtenbesoldung und KPD

Antrag.

Die seit Jahren angekündigte Besoldungsreform wird von der Marx-Stresemann-Regierung immer weiter hinausgeschoben. Diese dauernde Verschleppung hat in den Kreisen der unteren und mittleren Beamten berechtigte fortschreitende Erbitterung ausgelöst. Die wirtschaftliche Notlage und die Verschuldung dieser Kreise ist ins Unerträgliche gestiegen. Die Beamtenschaft protestiert gegen diese Verschleppung ihrer Forderungen und verlangt deren sofortige Erfüllung.

Die kommunistische Fraktion beantragt deshalb,

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen,

1. beschleunigt bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck die sofortige Verabschiedung einer Besoldungsneuordnung noch vor der Sommerpause zu fordern;
2. eine Vorlage bez. einer Zwischenregelung unter besonderer Berücksichtigung der Notlage der unteren Gruppen mit Rückwirkung vom 1. April 1927 dem Landtag zur Beschlußfassung vorzulegen.

Für die Besoldungsreform fordert die kommunistische Fraktion insbesondere Verminderung der Spannungen zwischen den Besoldungsgruppen, Streichung der höchsten Gruppen, Verminderung des Abstandes zwischen Anfangs- und Endgehalt zur Erreichung des Endgehalts in kürzer Zeit, Beseitigung der bisherigen Gruppen 1 bis 3, automatische Angleichung der Gehaltszulagen auf die Pensionen.

Dresden, am 5. Mai 1927.

Böttcher

und die übrigen Mitglieder der kommunistischen Landtagsfraktion.

Die Katastrophe am Mississippi

Paris, 7. Mai. (Telunion.)

Wie aus Neuyork gemeldet wird, nimmt die Ueberschwemmung des Mississippi infolge des Regens, der seit 24 Stunden andauert, immer größeren Umfang an. In Louisiana hat die Flut 1 200 000 Hektar überschwemmt.

Die Deiche, die Rapville gegen die Fluten des Arkansas schützten, sind geborsten. Man erwartet, daß die Stadt bis Abend unter Wasser stehen wird. Infolge weiterer Deichbrüche sind erneut mehrere Städte und Dörfer unter Wasser gesetzt worden. 18 000 Einwohner mußten fluchtartig ihre Wohnungen verlassen. Das Rote Kreuz versorgte bisher mit Lebensmitteln und Unterkunft 250 000 Flüchtlinge. Pioniere sind Tag und Nacht beschäftigt, die noch standhaltenden Deiche zu festigen. Präsident Coolidge hat Ordres zur Ausarbeitung eines Planes gegeben, um die Wiederholung einer ähnlichen Katastrophe zu verhüten.